Zum 3. sächsischen Bezirksparteitag

Erobert die Betriebe! Schafft die Voraussetzungen für die Auslösung von Massenkämpfen!

K. F. Die Parteiorganisation kann mit den Wahlergebnissen, die an den ersten beiden November-Sonntagen erzielt wurden, zufrieden sein. Zufrieden allerdings nur mit zwei Einschränkungen. Erstens für Sachsen: daß das Ergebnis vom 13. November über das ungenügende Ergebnis vom 6. November hinausging, und zweitens, zufrieden in dem Sinne, daß wir nochmals unterstreichen, daß es sich um eine Wahl handelte.

Indem die „Prawda", das Zentralorgan der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, feststellt, daß in Deutschland die Partei der Eroberung der Mehrheit des Proletariats mutig entgegenschreitet, macht sie eine für unsere Arbeit bedeutungsvolle Einschränkung, indem sie sagt:

„Doch selbst die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse bei den Wahlen, an die die KPD herangeht, bedeutet noch nicht die Eroberung der Arbeiterklasse für entscheidende Kämpfe."

Diese Feststellung gilt es bei Ueberprüfung unserer geleisteten Arbeit, viel mehr aber noch bei der Aufgabenstellung im Auge zu behalten. **Für uns Kommunisten kommt es keinesfalls lediglich darauf an, die Mehrheit des Proletariats zu erobern, sondern es gilt, die Massen zu erobern in der Kampfbereitschaft für unsere Klassenaufgaben.** Die Wahlergebnisse haben gezeigt, daß überall dort, wo die Partei kämpfte oder, besser gesagt, es verstand, Kämpfe auszulösen, geradezu glänzende Ergebnisse zu verzeichnen sind. Das trifft auf Berlin, Hamburg und vor allem fast auf das ganze Rhein-Ruhr-Gebiet, aber auch mit den notwendigen Einschränkungen auf unseren Bezirk zu. Wir können keinesfalls sagen, daß wir eine solch mustergültige Bewegung führten, so daß dadurch das Wahlergebnis für ganz Sachsen hätte beeinflußt werden können. Die Tatsache, daß wir unter dem Reichsdurchschnitt liegen, daß innerhalb der drei sächsischen Wahlkreise und vor allem in den einzelnen Wahlkreisen selbst, solche erhebliche Differenzierungen vorhanden sind, beweist die Richtigkeit unserer Behauptung, daß dort, wo gekämpft wurde, die Partei gewinnen konnte. Wie richtig diese Behauptung ist, soll durch einige Beispiele bewiesen werden.

In Falkenau sind die Stimmen der KPD vom Juli bis zur Gemeindewahl gestiegen. Dies ist im allgemeinen zurückzuführen auf die gute Mobilisierung im Textilarbeiterkampf. Wir erhielten am 31. Juli 480, am 6. November 489 und am 13. November 620 Stimmen. Die Betriebszelle von Liedermann, die sofort Stellung nahm, ist mit diesem Ergebnis noch nicht zufrieden und hat weitere Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit gemacht.

In Oberlungwitz stiegen wir von 1510 auf 1857 und dann bei den Kommunalwahlen auf 1880. Hier sind wir zur stärksten Partei geworden. Interessant sind auch einige Beispiele aus Großstädten. In Dresden z. B. wurden wir in Dobrig wegen der guten Arbeit in der „Gardine" zur stärksten Partei. Im Stadtteil 7 in Dresden wirkte sich die Bewegung im „Daheim-Verlag" so aus, daß wir unsere Stimmen um 22,7 Prozent steigern konnten. Im Stadtteil 10 in Dresden wurde durch den Streik bei Fuchs und durch die gute Solidaritätsbewegung die Stimmenzahl um 28 Prozent gesteigert. In Röhrschendroda wurde eine gute Solidaritätsbewegung für die Streikenden in Sornewitz durchgeführt. Ergebnis: Steigerung der Stimmen um 33 Prozent. In Radebeul Bewegung im Gebler-Werke: Steigerung um 25 Prozent. In Klotzsche wurde eine gute Bewegung der Erwerbslosen (gegen die Aufhebung der Stempelstelle und Verlegung nach Dresden) durchgeführt: Steigerung 23 Prozent. In Laubegast ebenfalls gute Erwerbslosenbewegung und Entlarvung der SPD-Stadtverordneten: Steigerung 39 Proz. Solche guten Beispiele können aus allen Teilen des Bezirks angeführt werden. Selbstverständlich können wir auch durch Anführung von negativen Beispielen nachweisen, daß ungenügende Massenarbeit auch ein ungenügendes Wahlergebnis bringt. Die UB-Konferenz von Chemnitz sagt z. B. in ihrer Entschließung: Der Ausgang des Wahlergebnisses vom 6. November in Chemnitz, der den ungenügenden Gewinn der Partei und Steigerung der Stimmenzahl der SPD ausdrückt, liegt eine schlechte Führung der Wirtschaftskämpfe zugrunde.

Solche Behauptungen aufstellen, verlangt aber auch, daß wir richtigen Schlußfolgerungen daraus ziehen und die können nur sein: die Partei gewinnt in dem Maße das Vertrauen der Arbeiterschaft und darüber hinaus der werktätigen Bevölkerung, wie es ihr gelingt, den Massen nachzuweisen, daß wir die alleinigen Führer aller Ausgebeuteten und Unterdrückten sind und das können wir heute nur, indem wir die Massen mobilisieren und führen zu Widerstandsaktionen gegen das kapitalistische System.

Aufgabe der Partei im Uebergang zu einem neuen Zyklus

Bei der Berichterstattung vom 12. Ekki-Plenum haben sich alle Genossen, sagen wir die meisten, gefreut über den Satz in den Thesen:

„Im gegenwärtigen Augenblick vollzieht sich gerade der Uebergang zu einem neuen Turnus großer Zusammenstöße zwischen den Klassen und den Staaten zu einem neuen Zyklus von Revolutionen und Kriegen."

Hier brauchen wir nicht lange zu beweisen, hier finden wir restlos die Zustimmung der Genossen. Und dennoch glauben wir, es wichtig, gerade diesen Passus zu unterstreichen, damit keine Illusionen und vor allem keine Zukunftsträumereien entstehen. Wenn das 12. Ekki-Plenum feststellt, wir befinden uns in einem Uebergang, so heißt das, daß wir alles tun müssen, um in unserer revolutionären Massenarbeit Schritt zu halten und das heißt auf gut Deutsch, daß wir die Arbeiterschaft und darüber hinaus bereits Teile des werktätigen Volkes auf diese Kämpfe vorbereiten müssen. Die Stimmenabgabe an den beiden November-Sonntagen war noch keineswegs eine kämpferische Auseinandersetzung mit der Bourgeoisie.

Wenn in den Thesen des 12. Ekki-Plenums gesprochen wird von der Beschleunigung und Verstärkung der bolschewistischen Massenarbeit zur Hebung des revolutionären Bewußtseins und der revolutionären Bereitschaft der Arbeiterklasse, dann wird darunter keineswegs nur eine agitatorische oder propagandistische Arbeit verstanden.

Mehr als je, und das haben vor allem die letzten Wahlkämpfe bewiesen, gilt das, was Lenin in folgenden Sätzen sagt:

„Damit aber wirklich die ganze Klasse, damit wirklich die breiten Massen der Werktätigen und vom Kapital Geknechteten zu dieser Stellung gelangen (gemeint ist, in die kämpfende Front einzureihen) dazu ist Propaganda und Agitation allein zu wenig. Dazu gehört die eigene politische Erfahrung dieser Massen." (Bd. 17, S. 179.)

Darum auch stellt uns das Ekki-Plenum die Aufgabe der Eroberung der Mehrheit des Proletariats nicht abstrakt, sondern es wird gesprochen von einer „systematischen Durchführung der Linie der Einheitsfront von unten", vom „Reagieren auf jedes die Arbeiter empörende Ereignis, auf jede Attacke des Klassenfeindes". Von jedesmaliger Aufstellung „konkreter Losungen, die imstande sind, sie wirklich zum Kampf zu mobilisieren". Es wird auch gesprochen von der Notwendigkeit der „Herstellung, Ausdehnung und Befestigung der ständigen lebendigen Verbindung jeder Kommunistischen Partei mit der Mehrheit der Arbeiter". Unterstrichen muß noch werden, daß bei dieser Aufgabenstellung es sich heute keinesfalls mehr nur um die Vorbereitung des besten Teils des Proletariats handelt. Es handelt sich um die Vorbereitung der breiten Massen des Proletariats. Auch hier trifft noch immer das zu, was Lenin 1904 in seiner Broschüre „Einen Schritt vorwärts, zwei Schritte rückwärts" sagte:

„Es hieße sich selbst betrügen und die Augen vor der Größe unserer Aufgaben verschließen — diese Aufgaben verkleinern, wenn man nicht sehen wollte, daß zwischen dem Vortrupp und den zu ihm hindrängenden Massen ein Unterschied besteht und daß es ständige Pflicht des Vortrupps ist, immer breitere Schichten auf sein fortgeschrittenes Niveau emporzuheben." (Bd. 5, S. 350.)

Hier muß — wollen wir uns die Möglichkeit zur richtigen Beurteilung der Dinge nicht nehmen — rücksichtslos und brutal festgestellt werden, nicht ob wir als sächsische Kommunisten zu einem solchen Handeln bereit sind, nein, ob wir es können und tun.

Ist unsere Arbeit so, daß wir diesen Aufgaben gerecht werden?

Wir glauben nicht! Vom 2. bis 3. Parteitag ist der allgemeine politische Einfluß der Partei gewachsen. Auf dem zweiten Bezirksparteitag konnte Genosse Thälmann unter dem Beifall des Parteitages erklären, „wenn wir im zweiten Präsidentenwahlgang unsere Stimmen behalten, dann bedeutet das einen großen Erfolg für unsere deutsche Partei". Inzwischen haben wir aber eine vollkommen andere Situation.

Wir sind über die Erwerbslosenbewegungen im Mai, über den 31. Juli, über die Textilarbeiterbewegung und 150 Streikkämpfe gegen die Papensche Notverordnung zum 6. und 13. November gekommen.

Eine glänzende Entwicklung. Haben wir aber die Massen in dem Sinne gehoben, wie es notwendig ist? Nein, denn sonst hätte unsere Parteiorganisation sich in diesem Zeitabschnitt verdoppeln müssen, müßte der Stand unserer Parteipresse mindestens um das dreifache gewachsen sein. Als im Sommer die Frage der qualifizierten Werbung gestellt wurde, haben die Parteieinheiten die Tore der Partei geschlossen und einfach keine Proleten in die Parteiorganisation aufgenommen. Wir können eine andere Frage stellen. Der ADGB und nicht zuletzt die Gewerkschaften in Sachsen haben gerade im letzten Jahr ungeheuer viel Mitglieder verloren. In den Gewerkschaftssektionen herrscht eine starke Rebellion. Spiegeln nun aber die Mitgliederziffern der RGO diese Stimmung auch nur einigermaßen wider? Keinesfalls! Solange noch solche Stimmungen in unserer Partei sind, wie wir sie gerade jetzt bei der Buchkontrolle feststellen mußten, nämlich daß man den Bonzen kein Geld in den Rachen schmeißen will, usw., solange werden wir die im Proletariat vorhandenen Stimmungen nicht ausnutzen können. Solange wir die Parteiorganisation nicht dazu bewegen, in den Gewerkschaften systematische Arbeit zu leisten, solange wird es der Gewerkschaftsbürokratie immer wieder gelingen, entweder Streiks gar nicht zur Auslösung kommen zu lassen oder aber dieselben schnell wieder abzuwürgen. Selbst in den besten Streikkämpfen im Bezirk war es noch immer so, daß die Arbeit unter den freigewerkschaftlich organisierten Kollegen vollkommen vernachlässigt wurde. Was ist es für ein Zustand, wenn die UB-Leitung Limbach uns mitteilt, zu den Ortsverwaltungswahlen konnte keine Stellung genommen werden, weil es bereits zu spät sei. Was ist es für ein Zustand, wenn es Gewerkschaftspositionen gibt, die sich angeblich in unseren Händen befinden, wo aber die Leitung eine Neuwahl zur Ortsverwaltung ablehnt und sich friedlich mit den Reformisten einigt. **Wollen wir die von der RGO beschritene Taktik der eigenen Kampfführung noch stärker ausbauen, dann geht der Weg unbedingt über die Arbeit in den freien Gewerkschaften.** Indem wir strengstens unterscheiden zwischen der Politik der Gewerkschaftsbürokratie und den Gewerkschaftsmitgliedern müssen wir auch endlich dazugehen, mit Entschiedenheit und Entschlossenheit die Differenzen auszunutzen, die zwischen diesen beiden Gruppen bestehen.

Verkennung der Bedeutung der RGO

Bereits vor einem Jahr faßte die Bezirksleitung den Beschluß, daß jedes Parteimitglied Mitglied einer Gewerkschaft oder der RGO sein muß. Jetzt bei der Buchkontrolle stellen wir fest, daß sich an diesem Verhältnis noch nichts geändert hat. Von Einsiedel schreibt ein Genosse einen Brief, indem er sich darüber beschwert, daß er nicht zur UB-Konferenz delegiert wurde, weil er nicht Mitglied der RGO war. Er sagt, daß in seiner Zelle von 19 Mitgliedern nur zwei Mitglieder der RGO sind. Einige Beispiele von der Buchkontrolle beweisen, wie stark selbst in unseren Reihen diese Arbeit noch vernachlässigt wird.

In Dippoldiswalde hatten wir nur einen ungenügenden Ausgang bei den Wahlen. Bei der Buchkontrolle stellen wir fest, daß von 18 Mitgliedern 16 nicht in der RGO organisiert sind. In Falkenau aber, wo wir ein gutes Ergebnis hatten, sind von 28 Mitgliedern 22 in der RGO oder Gewerkschaft. Die Ortsgruppe Pölzig bei Leipzig macht auf dieser Stelle auf dem Fragebogen einfach ein Fragezeichen, so ernst nehmen diese Genossen die Gewerkschaftsarbeit. (Die Ortsgruppe zählt über 50 Mitglieder.) In Lastau bei Wurzen ist kein einziges Mitglied in der RGO und nur fünf in der Gewerkschaft. In Borsdorf bei Wurzen ist weit über die Hälfte nicht in der RGO. In Seitendorf bei Zittau waren von 18 kontrollierten Mitgliedern 16 nicht in der RGO. In Lauter im UB Aue sind von 113 Mitgliedern 107 nicht in der RGO. In Hartmannsdorf sind von 183 Mitgliedern 122 nicht in der RGO. So können wir die Reihe fortsetzen. Diese Tatsachen bringen zum Ausdruck, daß noch nicht erkannt wird, welche Bedeutung die Gewerkschaftsarbeit hat.

Hier muß der 3. Bezirksparteitag mit aller Entschiedenheit unterstreichen, daß eine Wendung nur dann eintreten wird, wenn die Gesamtpartei diese Wendung herbeiführt.

Bedeutung der Wirtschaftskämpfe

Wenn wir von der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse reden, dann müssen wir immer wieder daran denken, daß jeder Streik und jede andere Massenaktion die Massen immer wieder aufrütteln werden. Der Streik bei Tittel & Krüger z. B. hat nochmals bewiesen, daß selbst eine Belegschaft, die von der Gewerkschaftsbürokratie verraten, eine Niederlage erleidet, zur RGO steht und massenweise in die RGO eintritt. Im Kampf wächst das Vertrauen der Arbeiterschaft zu uns und zur RGO. Heute bereits können die Reformisten nicht mehr eine solch wüste Hetze gegen die RGO betreiben. Bei der Firma Lösch in Dresden z. B., in einem Betrieb, wo die Arbeiterschaft zu 85 Prozent organisiert ist, fand erstmalig die reformistischen Kollegen gegen den Bonzen aufgetreten, der eine wüste Hetze gegen die RGO betrieb. Wir müssen noch stärker als bisher bei der Organisierung ununterbrochener Kampfeshandlungen an die Massen appellieren. Das setzt voraus, daß wir die Massenstimmung kennen, daß wir unser Ohr bei den Massen haben. Denn „nur gestützt auf den Kampf für die Tagesinteressen der Massen, werden die Kommunisten imstande sein, die Positionen in der Arbeiterklasse zu behaupten und zu festigen und sie selbst an immer höhere Formen des Kampfes heranzuführen", heißt es in den Thesen zum 12. Plenum.

Obwohl wir auf dem 2. Bezirksparteitag uns in erster Linie mit der Betriebsarbeit beschäftigt haben, müssen wir feststellen, daß die Organisation nur schwerfällig an die Durchführung der Beschlüsse heranging. Erst mit der Textilarbeiterbewegung wurde die Arbeit umgestellt und können wir sagen, daß auf breiterer Basis die Partei versuchte, Betriebsarbeit zu leisten. Die Hetze der Bourgeoisie in den letzten Wochen (siehe „Chemnitzer Tageblatt") und vor allen Dingen der Versuch der Schwerindustrie, die Nazis, die in letzter Zeit des öfteren aus demagogischen Gründen für Streiks stimmen mußten, in die Regierung zu bringen, hat uns gezeigt, wo wir der Bourgeoisie die entscheidenden Schläge versetzen. Das „Chemnitzer Tageblatt" hat nicht umsonst gefordert das Verbot der RGO und der roten Verbände. Es verlangt nicht umsonst ein generelles Verbot für Betriebszeitungen und so weiter.

Nur 250 Streiks, in denen hunderttausende Arbeiter erfaßt wurden, hat die RGO siegreich geführt und schon sehen wir dieses Durcheinander bei der Bourgeoisie, schon hat Papen den Versuch, die Wirtschaft anzukurbeln, aufgegeben. Was wird erst sein, wenn wir, gestützt auf die Erfahrungen der Vergangenheit, Millionenmassen des werktätigen Volkes in Bewegung bringen?

Der Parteitag muß vor allen Dingen für die sächsische Parteiorganisation feststellen, daß die Arbeit in den ausschlaggebenden Betrieben, d. h. in den Großbetrieben, völlig ungenügend ist. Die 150 Streiks, die in Sachsen geführt wurden, waren vorwiegend in kleineren Betrieben. Die gesamte Parteiorganisation muß sich in ihrer Arbeit mehr noch als bisher konzentrieren auf die entscheidendsten Schichten der Arbeiterschaft und damit auf die entscheidenden Betriebe. Ein weiterer Mangel in unserer Betriebsarbeit ist **der ungenügende Kampf gegen die Nationalsozialisten an der Betriebsfront.** Obwohl die Nazis bei den letzten Wahlkämpfen außerordentlich stark verloren haben, gelang es ihnen in einigen Betrieben, sich festzubeißen und Positionen zu schaffen. Hib-Aktion (Hib = Hinein in die Betriebe) der Nazis wurde von der Partei, obwohl der 2. Bezirksparteitag die Parteiorganisation ernstlich darauf aufmerksam machte, ungenügend beobachtet. Die sächsische Parteiorganisation muß bei der Verstärkung des Feuers auf die Nationalsozialisten in erster Linie das Eindringen der NSBO in die Betriebe unmöglich machen.

Der Mangel an Betriebsarbeit ist in erster Linie auf die ungenügende Kenntnis der Dinge zurückzuführen. Wir haben kein Anknüpfen an die Forderungen der zurückgebliebenen Arbeiterschichten. Als wir im Textilarbeiterkampf nur drei Losungen aufstellten:

1. Keinen Pfennig Lohnraub.
2. Gegen jede Verschlechterung im Betrieb.
3. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit,

haben unsere Parteieinheiten nicht gewußt, wie diese Losungen an die Massen heranzubringen sind. In den Materialien, Betriebszeitungen, Flugblättern usw., wurden diese Losungen nur ungenügend konkretisiert und den Massen begreiflich gemacht. Ein weiterer entscheidender Mangel ist der ungenügende Kampf um die wählbaren Funktionärstellen in den Betrieben. Stärker noch als bisher muß die Partei ringen und kämpfen um jede Position, die uns die Möglichkeit gibt, mit den Massen besser in Verbindung zu kommen.

Bei den geführten Wirtschaftskämpfen hat es sich gezeigt, daß wir noch keineswegs bolschewistisch an die Erledigung der Aufgaben herangehen. Immer dann, wenn eine Streikbewegung ungünstig auslief, standen wir am Schluß der Kampagne ohne Verbindung mit dem Betrieb da. Die Partei hat es noch nicht gelernt, bolschewistische Arbeitsmethoden anzuwenden und auf längere Sicht zu arbeiten. Wenn wir schon illegale Sitzungen ansetzen, nach Möglichkeit die Arbeit der Betriebszelle konspirativ durchführen, warum werfen wir dann, wenn es zu einer Streikbewegung kommt, alle unsere Kräfte auf einmal in die Offensive. **Die Verbindung zwischen legaler und illegaler Arbeit, die die Parteiorganisation im gegenwärtigen Zeitabschnitt erlernen muß, muß in erster Linie an der Betriebsfront in Anwendung gebracht werden.**

Ausgehend vom 3. sächsischen Bezirksparteitag müssen wir in der Massenarbeit eine höhere Form der Arbeit erreichen. Das Feuer muß noch stärker als bisher auf die Betriebe konzentriert werden. Die Parteileitung im Bezirk wird sich selbst die wichtigsten Betriebe vornehmen müssen. Aber jede Parteieinheit muß einen Betrieb systematisch bearbeiten. Im Monat Dezember muß es uns gelingen, 1000 neue Betriebsarbeiter für die Parteiorganisation zu gewinnen.

Jede Parteieinheit muß sich selbst eine bestimmte Aufgabe stellen und auf dem Bezirksparteitag berichten, was sie zu tun gedenkt, um in allerkürzester Zeit nach dem Parteitag diese Arbeiten zu verbessern.

Verstärkt überall die Massenwerbung für Partei und Presse!